



Gesprächskreis Ingelheimer Aue informiert sich zum Energiemix 2030

Mainz/Wiesbaden, 05.12.2008. *In seiner vierten Sitzung beschäftigte sich der Gesprächskreis Ingelheimer Aue mit dem Thema „Energiemix 2030 – national und regional“. Als Experten eingeladen waren Dr. Peter Fritz, Vorstandsmitglied des Forschungszentrums Karlsruhe und dort unter anderem verantwortlich für Energie-, Umwelt- und Klimaforschung, und Professor Dr. Martin Meyer-Renschhausen, Energiewirtschaftsexperte der Hochschule Darmstadt. In den kommenden Sitzungen will der Gesprächskreis Vorschläge für den öffentlichen Diskurs zum geplanten Kraftwerksbau erarbeiten. Die nächste Sitzung ist voraussichtlich am 11. Februar 2009.*

Investitionen in Emissionsvermeidung und der Erwerb von Emissionsrechten machen bei neuen Kohlekraftwerken mehr als 1/3 der gesamten Stromerzeugungskosten aus – externe Kosten, die aufgrund staatlicher Auflagen dem Kraftwerksbetreiber angelastet werden. Das war Ausgangspunkt des Vortrags von Professor Dr. Martin Meyer-Renschhausen, den der Energiewirtschaftsexperte der Hochschule Darmstadt bei der vierten Sitzung des Gesprächskreises Ingelheimer Aue am 4. Dezember gehalten hat. Einerseits habe diese Maßnahme zur Folge, dass die Emissionen in Deutschland seit den 70er Jahren massiv gesunken sind. Andererseits jedoch sei diese Kostenanlastung für Kohlekraftwerke wirtschaftlich kritisch, da zum Beispiel besonders aufwendige Rückhaltetechniken eingesetzt werden müssten. Dennoch sei Kohle derzeit die kostengünstigste Alternative – da bei Erdgas beispielsweise das faktische Liefermonopol der Förderländer preistreibend wirke. Grund für die massive Kritik, die Kohlekraftwerken an den jeweiligen Standorten häufig entgegenschlägt, seien vor allem Negativebeispiele aus der Vergangenheit, die aber nicht mit den heutigen Kraftwerksprojekten vergleichbar seien. Würde am Atomausstieg festgehalten werden und veraltete Kohlekraftwerke zunehmend stillgelegt, Neubauten aber blockiert werden, so komme es bei steigender Stromnachfrage unweigerlich zu massiven Strompreissteigerungen, da nur so ein Ausgleich von Angebot und Nachfrage zu erreichen sei, so Dr. Meyer-Renschhausen. Auch ein wachsender Einsatz von regenerativen Energien und Erdgas kann dies nicht verhindern, zumal beim Gas mit steigenden Beschaffungspreisen zu rechnen sei. Das habe zur Folge, dass stromintensive Industrien mittelfristig den Standort Deutschland – und in der Folge auch Europa – verließen. Deshalb hat die EU-Kommission jetzt den Neubau von Atomkraftwerken und eine Verlängerung der Laufzeiten von 60 Jahren gefordert – sehr zum Leidwesen der deutschen Politik.

Auch Dr. Peter Fritz, Vorstandsmitglied des Forschungszentrums Karlsruhe, prognostizierte einen in Zukunft steigenden Strombedarf, der angesichts des geplanten Atomausstiegs zu einem Versorgungsengpass führe, der absehbar nicht von regenerativen Energien aufgefangen werden könne. So stünden zwar beispielsweise 55 Prozent aller weltweit genutzten Photovoltaikanlagen in Deutschland, ihr Anteil an der in der Bundesrepublik erzeugten Strommenge mache aber nur 0,35 Prozent aus. Daher forderte er höhere Investitionen in die Energieforschung, um die regenerativen Energien voranzubringen.

Bei Erdgas als Alternative zur Kohle sieht Dr. Fritz bereits mittelfristig die Gefahr einer hohen Abhängigkeit von Russland mit allen damit verbundenen politischen Risiken. Auch Flüssiggas sei keine Lösung, da der Energiebedarf, der zur Gasverflüssigung benötigt wird, sehr hoch und damit sowohl ökologisch wie auch ökonomisch Unsinn sei. Die Unsicherheit einer langfristigen Gaslieferung sei schon heute spürbar: viele Bundesländer würden geplante Gaskraftwerksprojekte einstellen.

Weiter erwartet Dr. Fritz, dass die Industrie sich mittelfristig in Deutschland dort ansiedeln werde, wo lokal genügend Energie produziert werde – ein absehbarer Wettbewerbsnachteil für die Bundesländer, die nicht die regionale Versorgungssicherheit durch jederzeit verfügbare Kraftwerkskapazitäten gewährleisten. Diese sei mit erneuerbaren Energien wie Sonne und Wind nicht sichergestellt, zudem wirke der bei regenerativen Energien häufig notwendige Transport von Energie über lange Strecken kostentreibend und führe zu Energieverlusten, was die Ökobilanz verschlechtere. Auch der Bau von Hochspannungsleitungen stoße auf massive Akzeptanzprobleme in der Bevölkerung, die bei der reinen Durchleitung weder von der Erzeugung noch von der Nutzung profitierten. Auch international drohen Nachteile: Bereits heute seien die Strompreise in Deutschland die zweithöchsten Europas, was die Ansiedelung stromintensiver und Hochtechnologieindustrie erschwere beziehungsweise zu deren Abwanderung führe.

Daneben informierte Michael Theurer, Pressesprecher der KMW AG, zum Stand des Genehmigungsverfahrens. Die KMW hat bei der Struktur- und Genehmigungsdirektion Süd (SGD Süd) die erste Teilgenehmigung für die Einrichtung der Baustelle und den Schornsteinbau beantragt. Die Behörde habe die Entscheidung bis zum 21. Dezember angekündigt. Weiterer Tagesordnungspunkt waren die Ergebnisse der vor einigen Wochen für die KMW AG durchgeführten forsa-Umfrage zum geplanten Neubau des Kohleheizkraftwerks auf der Ingelheimer Aue: Rund 37 Prozent der Bevölkerung habe sich gegen den Bau ausgesprochen, während 36 Prozent der Bürger dem Kohleheizkraftwerk zustimmten, weitere 23 Prozent sähen trotz Bedenken keine Alternative zum Kraftwerksneubau.